

## 7.17 Überarbeitung der friedenspolitischen Position des BDKJ

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung Mai 2022

Der BDKJ verurteilt die völkerrechtswidrige Invasion der Ukraine durch die russische Föderation. Der Angriffskrieg und die schweren Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine durch Russland müssen sofort gestoppt werden.

Die Bilder von Krieg, Zerstörung und Leid zeigen die unbedingte Notwendigkeit, sich für Frieden, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stark zu machen. Es wird deutlich, dass diese Werte und Rechte nicht als Selbstverständlichkeit angenommen werden können und ihre Aufrechterhaltung eine ständige Aufgabe ist. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die vom Krieg getroffen sind, aber auch den mutigen Aktivist\*innen, die sich in Russland für Frieden einsetzen und dafür verfolgt werden.

Durch diesen Angriffskrieg müssen auch wir als Jugendverbände alte Gewissheiten und Grundsätze auf den Prüfstand stellen, nicht nur in Bezug auf die Ukraine, sondern auch mit Blick auf Konflikt- und Kriegsgebiete weltweit.

Es gilt jetzt, die bisher getroffenen Beschlüsse erneut zu diskutieren und sich der damit einhergehenden friedenspolitischen Positionen zu vergewissern und diese bei Bedarf anzupassen. Daraus ergeben sich für uns kurzfristig folgende Schlussfolgerungen:

- Wir fordern die Bundesregierung auf, der Ukraine humanitäre Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus müssen die Menschen, die vor dem Krieg in andere Länder fliehen, unterstützt werden.
- Wir unterstützen die Forderung, die Sanktionen gegen Russland auszuweiten und vor allem Schlupflöcher bei der Umsetzung der Sanktionen zu schließen.
- Der BDKJ verzichtet bis zur Überprüfung seiner friedenspolitischen Positionen darauf, diese öffentlich in Bezug auf Waffenexporte in die Ukraine zu vertreten.
- Wir unterstützen die Debatte im Verband und im Austausch mit Fachverbänden, um unsere Positionen zu reflektieren und sprachfähiger zu werden.
- Der BDKJ Bundesvorstand schafft geeignete Formate, um zu prüfen, welche friedenspolitischen Positionen in welcher Form überarbeitet werden müssen. Dazu bringt er zur HV 2023 entsprechende Anträge ein.